

Protokoll

über die **Sitzung des Kinder- Jugend- und Sozialausschusses** in der Wahlperiode 2016/2021 am **Dienstag, dem 03.03.2020, um 18:00 Uhr**, im Rathausaal des Rathauses in Edewecht.

Teilnehmer:

Vorsitzender

Mark Gröber

Mitglieder des Ausschusses

Wolfgang Diedrich

Arno Frahmann

Vertreter für Herrn Dominik Bruns

Elke Garlichs-Kappmeier

Jürgen Kuhlmann

Vertreter für Frau Kirsten Meyer-Oltmer

Stefan von Aschwege

Josefine Hinrichs

Roland Jacobs

Vertreter für Herrn Torsten Pophanken

Jost Urbanke

Uwe Heiderich-Willmer

Ralf Andre Krallmann

Grundmandatar

Thomas Apitzsch

Vertreter im Behindertenbeirat

Kai Speckmann

Vertreter des Gemeindeelternrates

Jan Ulpts

Vertreter für Frau Ariane Joost

Vertreter des Beirates für Senioren

Helge Kahnert

Von der Verwaltung

Petra Lausch

Bürgermeisterin (BMin) bis TOP 14 einschl.

Kerstin Borm

Gleichstellungsbeauftragte (GB)

Angelika Lange

Protokollführerin

Dirk Sander

Fachbereichsleiter I - Bildung, Ordnung und Soziales (FBL)

TAGESORDNUNG

A. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des 14.01.2020

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
5. Einwohnerfragestunde
6. Antrag des "Runder Tisch Edeweicht" auf Beschäftigung eines/r Sozialarbeiters/in zur Begleitung von schwer traumatisierten Flüchtlingen
Vorlage: 2020/FB II/3254
7. Elterninitiative Zwergenland e.V.
Antrag auf Erhöhung des freiwilligen Zuschusses für den Waldkindergarten Zwergenland
Vorlage: 2020/FB II/3257
8. Antrag der CDU-Fraktion zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Gemeindeelternrat
Vorlage: 2020/FB II/3256
9. Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Durchführung einer Veranstaltung oder Aktion in der Weihnachtszeit besonders für alleinstehende Senioren/innen
Vorlage: 2020/FB II/3255
10. Anfragen und Hinweise
- 10.1. Tische im Sitzungsraum
11. Einwohnerfragestunde
- 11.1. Beteiligung von Rat und Verwaltung an nächster Sitzung des Runden Tisches
12. Schließung der Sitzung

TOP 1:

Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender (AV) Gröber eröffnet um 18.02 Uhr den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2:

Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Gröber stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde, der Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss beschlussfähig ist und nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren werden soll. Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

An dieser Stelle belehrt BMin Lausch den heute erstmals zu einer Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses anwesenden stv. Elternratsvertreter Jan Ulpts nach den einschlägigen Vorschriften des NKomVG.

TOP 3:

Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des 14.01.2020

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 4:

Mitteilungen der Bürgermeisterin

BMin Lausch bittet, anstehende Termine der Homepage zu entnehmen.

Für den Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss gibt sie bekannt, dass die Vertreterin des Seniorenbeirats, Ute Morin, aus privaten Gründen nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen könne. Nachwahlen seien nicht erforderlich, weil der Seniorenbeirat durch Frau Kahnert auch weiterhin im Ausschuss vertreten sei.

TOP 5:

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 6:

Antrag des "Runder Tisch Edewecht" auf Beschäftigung eines/r Sozialarbeiters/in zur Begleitung von schwer traumatisierten Flüchtlingen

Vorlage: 2020/FB II/3254

FBL Sander erläutert die Beschlussvorlage und zollt den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die sehr gute und vielfältige Arbeit in den letzten Jahren.

In der anschließenden intensiven Diskussion wird die ehrenamtliche Arbeit des Runden Tisches einhellig von allen Ausschussmitgliedern gewürdigt und die damit ein-

hergehende zeitliche, physische und psychische Belastung der ehrenamtlichen Helfer*innen anerkannt.

Die Forderung nach einer/einem Sozialarbeiter*in speziell zur Betreuung schwer traumatisierter Flüchtlinge könne nach der Ansicht RH Diedrichs jedoch aus mehreren Gründen nicht zielführend sein. Zunächst ziele Ausbildung und Qualifikation von Sozialarbeitern/-arbeiterinnen nicht auf solche Tätigkeiten ab, weshalb eine adäquate Betreuung nur durch therapeutisch geschulte Fachkräfte wie bspw. Psychotherapeuten/-therapeutinnen möglich erscheine. Daneben sei die Zahl der im Gemeindegebiet lebenden schwer traumatisierten Flüchtlinge nicht bekannt und könne von nicht speziell dafür ausgebildetem Fachpersonal auch nicht ohne weiteres festgestellt werden. Zuletzt gebe es im Ammerland und in Oldenburg eine große Anzahl verschiedener Einrichtungen, Organisationen und Hilfsangebote für traumatisierte Personen, die alle kostenlos genutzt werden könnten. Diese Angebote gelte es, hinreichend bekannt zu machen.

RH Heiderich-Willmer regt an, in einer künftigen Sitzung zu erörtern, ob ggf. ein*e Sozialarbeiter*in als grundsätzliche Unterstützung für den Runden Tisch denkbar sei. Der heute vorliegende Antrag erscheine auch ihm aufgrund falscher fachlicher Voraussetzungen nicht zielführend.

RH Krallmann, empfindet die Unterstützung aller ehrenamtlichen Helfer*innen als öffentliche Verpflichtung und spricht sich daher für eine heutige Beschlussfassung über konkrete Unterstützungsmaßnahmen aus.

Auf Nachfrage Grundmandatar Apitzschs führt FBL Sander aus, Sozialarbeiter*innen speziell für die Flüchtlingsbetreuung beschäftige die Gemeinde Edewecht derzeit nicht, es seien aber zwei Kräfte für die praktische Unterstützung und Betreuung eingesetzt. Die Edewechter Jugendpfleger*innen kümmerten sich seit einiger Zeit verstärkt um jugendliche Flüchtlinge und auch deren Familien, wobei der Schwerpunkt auf „Hilfe zur Selbsthilfe“ gelegt werde, um den Geflüchteten möglichst bald ein selbständiges Leben zu ermöglichen. Hierzu gehöre u. a. auch das zügige Erlernen der deutschen Sprache. Schwere Traumata seien im Übrigen nicht leicht festzustellen. Aus der Gemeinde Edewecht seien z. B. vier Personen mit dem Verdacht schwerer Traumata an den Landkreis verwiesen worden. In drei Fällen habe sich der Verdacht nach fachlicher Prüfung nicht bestätigt. Insofern seien Sozialarbeiter*innen mit dieser Thematik in jedem Fall überfordert. Grundsätzlich problematisch sei in diesem Zusammenhang das Fehlen zeitnaher Beratungs- und Behandlungstermine, wodurch selbst bei Feststellung eines schweren Traumas eine kurzfristige und damit erfolgversprechende Therapie leider nahezu unmöglich werde.

BMin Lausch bedauert unterschwellige Unterstellungen, die Gemeinde Edewecht wolle nicht helfen. Es werde regelmäßig auf mögliche Hilfsangebote hingewiesen, Sozialarbeiter*innen könnten die vom Runden Tisch geforderte Arbeit nicht leisten. Sie biete darüber hinaus gerne auch Coachings oder Supervisionen für die ehrenamtlichen Helfer*innen an und schließt sich Grundmandatar Apitzschs Vorschlag an, gemeinsam mit Vertreterinnen/Vertretern aus den Fraktionen mit dem Runden Tisch in seiner nächsten turnusmäßigen Sitzung am letzten Mittwoch des Monats über Unterstützungsmaßnahmen zu diskutieren.

Letztlich unterbreitet der Ausschuss dem VA folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Antrag des Vereins „Runder Tisch Edewecht“ auf Beschäftigung eines/r Sozialarbeiters/in zur Begleitung von schwer traumatisierten Flüchtlingen wird abgelehnt.

- mehrheitlich -

Ja 9 Nein 1 Enthaltung 1

TOP 7:

Elterninitiative Zwergenland e.V.

Antrag auf Erhöhung des freiwilligen Zuschusses für den Waldkindergarten Zwergenland

Vorlage: 2020/FB II/3257

Ohne Aussprache unterbreitet der Ausschuss dem VA folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Elterninitiative Zwergenland e.V. wird für den Betrieb des Waldkindergartens Sternenmoos ein freiwilliger Zuschuss in Höhe von jährlich 3.191,- € pro Kind aus der Gemeinde Edewecht, maximal jedoch für 15 Kinder, rückwirkend zum 01.08.2019 befristet bis zum 31.07.2020 gewährt.

- einstimmig -

TOP 8:

Antrag der CDU-Fraktion zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Gemeindeelternrat

Vorlage: 2020/FB II/3256

Zunächst erläutert RH Frahmann den Antrag seiner CDU-Fraktion und betont, Elternräte und -vertreter kümmern sich um Sorgen und Nöte von Kindern und deren Eltern. Hier gelte es, eine bessere Kommunikation zu Verwaltung und Politik zu gewährleisten.

Für die SPD-Fraktion spricht sich RH von Aschwege gegen die Installation eines weiteren Arbeitskreises aus. Dieser würde zum einen nichtöffentlich und ohne Tagesordnung tagen und zum anderen durch mutmaßlich wechselnde Mitglieder einer zielgerichteten Kommunikation nicht wesentlich dienen. Ihm erscheine eine offene Diskussion in den öffentlichen Sitzungen des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses ausreichend, zumal der Elternrat auch an den Arbeitskreisen Schulentwicklung und Kindertagesstätten teilnehme. Darüber hinaus seien die Mitglieder seiner Fraktion jederzeit zu Gesprächen bereit.

RH Heiderich-Willmer stimmt den Ausführungen RH von Aschweges zu und begrüßt insbesondere, dass die Elternvertreter mittlerweile auch zum Arbeitskreis Kindertagesstätten eingeladen würden. Insgesamt sehe er den Elternrat in ausreichendem Maße in den einschlägigen Gremien vertreten. Für seine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt er klar, ein weiterer Arbeitskreis stelle für kleine Fraktionen mit nur wenigen Mitgliedern eine zusätzliche zeitliche Belastung dar, die von Fraktionen mit deutlich mehr Mitgliedern sicherlich leichter aufgefangen werden könne.

RH Krallmann schließt sich seinen Vorrednern an und weist darauf hin, der Gemeindeelternrat habe bspw. auch schon Ratsvertreter*innen zu seinen Sitzungen eingeladen, wobei intensiv über bestimmte Themen diskutiert worden sei. So solle einvernehmlich auch künftig verfahren werden, weshalb ihm die Einrichtung eines weiteren Arbeitskreises nicht notwendig erscheine.

An dieser Stelle führt FBL Sander aus, im Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) ist geregelt, wann ein Träger einer Kindertageseinrichtung sich mit dem Gemeindeelternrat ins Benehmen zu setzen hat und welche Personengruppen zu beteiligen sind. Dem Gemeindeelternrat stehe es darüber hinaus frei, jegliche gewünschten Personen/-gruppen zu seinen Sitzungen zu laden. Leider sei eine partnerschaftliche Kommunikation mit dem Gemeindeelternrat durch die Verwaltung in den vergangenen Jahren sehr vernachlässigt worden. Die gemeinsamen Beratungen zum Trägersauswahlverfahren für die neue Kindertagesstätte in Friedrichsfehn hätten gezeigt, dass dies ein guter Weg zu einer zielgerichteten Kommunikation sein könne. Er plädiere daher für eine anlassbezogene Beteiligung des Gemeindeelternrates und empfinde die Installierung eines regelmäßig tagenden Arbeitskreises eher als hinderlich.

Diese Aussage wird von Grundmandatar Apitzsch unterstützt, zumal auch Eltern nicht immer Zeit für Arbeitskreise hätten und es ihnen freistehe, sich jederzeit mit Anliegen an einzelne Politiker*innen oder Fraktionen zu wenden.

Stv. Elternvertreter Ulpts kann den Antrag aufgrund zurückliegender Erfahrungen im Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss nachvollziehen, betont aber, aufgrund der zwischenzeitlich umgesetzten Veränderungen in der Kommunikation sei dieser derzeit nicht mehr notwendig.

RH Frahmann und RF Garlichs-Kappmeier führen aus, aus Sicht der CDU-Fraktion könne nicht zu viel, sehr wohl jedoch zu wenig miteinander gesprochen werden. Ziel des vorliegenden Antrages sei die Sicherstellung eines konstruktiven Miteinanders im Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss gewesen. Offensichtlich werde der Bedarf derzeit nicht gesehen, weshalb der Antrag zurückgezogen werde. Verschlechtere sich die Kommunikation in der Zukunft wieder, werde der Antrag sicherlich erneut gestellt.

- Antrag zurückgezogen -

TOP 9:

Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Durchführung einer Veranstaltung oder Aktion in der Weihnachtszeit besonders für alleinstehende Senioren/innen

Vorlage: 2020/FB II/3255

RF Garlichs-Kappmeier erläutert den Antrag der CDU-Fraktion und betont, wichtig sei, festzustellen, ob das einschlägige Angebot für alleinstehende Seniorinnen und Senioren ausreicht, oder ob Bedarf für eine zentrale Veranstaltung im Rathaus besteht. Hierzu solle die Verwaltung eine Abfrage bei allen Verbänden initiieren.

Seniorenbeirätin Kahnert beantragt, die Beratung zu vertagen, weil es im Gemeindegebiet deutlich mehr Angebote gebe als in der Vorlage aufgeführt. Zu bedenken sei

auch, dass viele Seniorinnen und Senioren zu Veranstaltungen geholt werden müssten, weil deren Mobilität eingeschränkt sei. Zudem sei die früh einsetzende Dunkelheit in der Weihnachtszeit für viele ältere Menschen ein Grund, Veranstaltungen nicht zu besuchen. Sie könne sich nach alledem besser eine zentrale Seniorenveranstaltung in den Sommermonaten vorstellen.

RH von Aschwege ist der Auffassung, durch Vereine und Ortsbürgervereine bestehe bereits ein umfassendes Angebot auch für ältere Menschen, die diesen Vereinen nicht angehörten. Es sei daher wünschenswert, wenn solche Veranstaltungen im öffentlichen Veranstaltungskalender aufgeführt würden, damit Interessierte sich dort umfassend informieren können. Ein Arbeitskreis sei insofern nicht notwendig.

Hierzu führt RH Kuhlmann aus, für die kleineren Bauerschaften könne diesen Ausführungen sicherlich zugestimmt werden, für die Hauptorte Friedrichsfehn und Edewecht gelte dies u. U. aber nicht. Insofern könne über eine Abfrage für diese Orte festgestellt werden, ob das Thema weiterverfolgt werden solle oder nicht.

RH Heiderich-Willmer gibt zu bedenken, wenn ältere Menschen bestehende Angebote nicht annähmen, würden sie vermutlich einer weiteren Veranstaltung ebenso fern bleiben.

BMin Lauch erläutert, die Verwaltung frage jährlich im Herbst bei allen Vereinen die für das kommende Jahr geplanten Veranstaltungen ab und stelle diese in den öffentlich zugänglichen Veranstaltungskalender ein.

RH Frahmann bedauert die mangelnde Bereitschaft der anderen Fraktionen, die Chance zu nutzen, in einem einmaligen Gespräch mit allen infrage kommenden Beteiligten herauszufinden, ob das einschlägige Angebot für Seniorinnen und Senioren ausreichend ist, ggf. Synergieeffekte genutzt werden können oder ein weiterer Bedarf vorhanden ist.

Letztlich unterbreitet RF Garlichs-Kappmeier für die CDU-Fraktion folgenden

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindeverwaltung soll Veranstalter einladen, um festzustellen, ob noch Bedarf für weitere Veranstaltungen für Seniorinnen und Senioren besteht.

- mehrheitlich abgelehnt -
Ja 4 Nein 6 Enthaltung 1

TOP 10:
Anfragen und Hinweise

TOP 10.1:
Tische im Sitzungsraum

RH Heiderich-Willmer bemängelt die lauten störenden Geräusche, die die Tische im Sitzungssaal bei jeder Bewegung der daran sitzenden Personen abgeben.

BMin Lausch wird eine Prüfung veranlassen, ob und wie die störenden Geräusche abgestellt werden können.

TOP 11:
Einwohnerfragestunde

TOP 11.1:
Beteiligung von Rat und Verwaltung an nächster Sitzung des Runden Tisches

Ein Einwohner und ehrenamtlicher Mitarbeiter des Runden Tisches Edeweicht bittet um Auskunft, ob wirklich mit dem Erscheinen von Vertretern aus Rat und Verwaltung bei der nächsten Sitzung des Runden Tisches gerechnet werden kann.

Unter Verweis auf die Diskussion zum TOP 6 dieser Sitzung wird dies von BMin Lausch zugesagt.

Auf weitere sehr unterschiedliche tiefergehende Fragen zum Umgang mit schwer traumatisierten Flüchtlingen und den ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern verweist BMin Lausch auf die o. g. nächste Sitzung des Runden Tisches. Dann könnten alle Fragen ausführlich erörtert werden.

TOP 12:
Schließung der Sitzung

AV Gröber schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.17 Uhr.

Mark Gröber
Ausschussvorsitzender

Petra Lausch
Bürgermeisterin

Angelika Lange
Protokollführerin